

## Notizen

Johannes Paul II. hat in einem längeren Gespräch mit dem Vatikan-Journalisten *Gianfranco Svidercoschi* („Il tempo“), das er auf dem Rückflug von seiner letzten Afrika-reise führte und das in mehreren italienischen Zeitungen erschien, seine Reisen verteidigt und interpretiert. Die päpstlichen Reisen begünstigten den Dialog mit den Ortskirchen. Sie dienten der Verwirklichung der vom Zweiten Vatikanischen Konzil geforderten *Kollegialität unter den Bischöfen* und der Öffnung der Kirche gegenüber der Welt. Auch der ökumenische Prozeß werde durch sie nicht behindert, sondern der Kontakt zu den anderen christlichen Kirchen begünstigt und belebt. Die Kritik an den Reisen und insbesondere der Vorwurf des „Triumphalismus“ wegen der großen Menschenansammlungen beruhten auf Vorurteilen. Auch die *Begegnung mit Staatsführern* unterschiedlichster Reputation verteidigte der Papst. Politik sei vielleicht manchmal eine „sündige Angelegenheit“, und Regierende seien „manchmal Sünder“, aber die Kirche könne die politische Seite des Lebens nicht ignorieren. Und zur *gesamtkirchlichen Wirkung der Reisen* meinte Johannes Paul II.: Sie hätten zu einem Ausgleich in der Verwirklichung der konziliaren Reformen beigetragen und sowohl progressive wie konservative Tendenzen „an den Rand gedrängt“.

Erzbischof *Paul C. Marcinkus*, umstrittener Präsident der Vatikanbank IOR, mit dessen Ablösung seit längerer Zeit, aber bisher vergebens gerechnet wurde, hat in einem Interview mit dem italienischen Nachrichtenmagazin „Espresso“ jegliche Mitschuld am *Zusammenbruch der Mailänder „Banco Ambrosiano“* zurückgewiesen. Das einzige, wessen er sich schäme, sei, daß er zu dem seinerzeitigen und später in London unter mysteriösen Umständen zu Tode gekommenen Präsidenten der „Ambrosiano“, *Roberto Calvi*, zu vertrauensselig gewesen sei. Marcinkus bekannte bei gleicher Gelegenheit, er sei von Anfang an *gegen die freiwillig erfolgte Zahlung von 250 Millionen US-Dollar an die Gläubigerbanken der Calvi-Bank durch das IOR* gewesen. Marcinkus wörtlich: „Wenn wir nicht schuldig sind, dann zahlen wir auch nicht. Und wir sind nicht schuldig.“

Der Ratsvorsitzende der EKD, Bischof *Martin Kruse*, und der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof *Karl Lehmann*, haben in einem gemeinsamen Wort die Bereitschaft der Kirchen zum Ausdruck gebracht, den *Aussiedlern* beizustehen und sie auf ihrem Weg zu begleiten. Gerade in der christlichen Gemeinde erwarteten die Aussiedler Verständnis, Hilfe und Gemeinschaft. „Dabei sind die materiellen Probleme – abgesehen von der Wohnungsfrage – meist schneller

zu bewältigen als die Eingewöhnung in die Lebensweise unserer Gesellschaft und unserer Kirchen.“ Die Christen in der Bundesrepublik seien herausgefordert, den Aussiedlern mit besonderer Zuwendung zu begegnen und ihnen bei der Lösung ihrer Lebensprobleme im Geist Jesu Christi zu helfen.

In einer *Erklärung zu den Europawahlen* am 18. Juni betonte die Kommission der katholischen Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft, Europa dürfe nicht allein von Wirtschaftsinteressen getragen, sondern müsse auch von ethischen, kulturellen und geistigen Werten geprägt sein. Dazu gehöre die Achtung vor dem Menschen im Bereich der Familie, der Gesellschaft, der Erziehung und der Kultur, die Bewahrung der Schöpfung und alles dessen, was die menschliche und geistige Lebensqualität ausmache, eine gesteigerte Aufmerksamkeit für die verschiedenen Kulturen Europas, eine größere Solidarität mit den am wenigsten begünstigten Gebieten der Gemeinschaft und ein echtes partnerschaftliches Denken in den Beziehungen der Gemeinschaft zu den ärmsten Ländern der Erde. Die Verwirklichung des europäischen Binnenmarkts könne nur dann zu einem wirklichen Erfolg werden, „wenn sie neben einer Verbesserung des Lebensstandards aller Bevölkerungsgruppen der Gemeinschaft auch die geistige Dimension miteinbezieht“.

Die *„Initiative zur Gründung einer europäischen Gesellschaft für Theologie“* wurde auf dem Treffen von *Unterzeichnern der „Kölner Erklärung“* am 30. 4./1. 5. 89 in Naurod bei Wiesbaden beschlossen. Laut Pressemitteilung der Gruppe im Anschluß an das Treffen soll die Gesellschaft grenzübergreifend „Raum für das freie Wort und für aufbauende Kritik aus theologischem Sachverstand wahren bzw. schaffen“. Sie wolle aber auch die Lebens- und Überlebensfragen in unserer Gesellschaft als Herausforderung an die Theologie begreifen. An dem Treffen nahmen ca. 70 Theologen teil, darunter auch einige, die die „Kölner Erklärung“ nicht unterzeichnet hatten. Ein Gespräch einer kleinen Gruppe um Professor *Norbert Greinacher* mit dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz in Mainz wurde von diesem abgesagt, nachdem vorher bekannt geworden war, die Gruppe um Greinacher wolle bei dieser Gelegenheit die über „Publik-Forum“ organisierten 16 000 Zustimmungsschriften zur „Kölner Erklärung“ überreichen.

Die Altkatholische Kirche in der Bundesrepublik hat beschlossen, künftig *Frauen zum Priesteramt zuzulassen*. Die Entscheidung fiel bei der jüngsten Bistumssynode der Altkatholiken in Mainz mit einer

deutlichen Mehrheit von 107 zu 23 Stimmen. In der entsprechenden Entschließung wird Bischof *Sigisbert Kraft* beauftragt, die Einbeziehung der Frau in das Priesteramt zu verwirklichen und sich für einen solchen Schritt bei der Internationalen Bischofskonferenz der Utrechter Union, der alle altkatholischen Bischöfe Europas und Nordamerikas angehören, einzusetzen. Bischof Kraft wies in Mainz darauf hin, der Beschluß der Bistumssynode bedeute keineswegs einen schon morgen möglichen Vollzug der Frauenordination, sondern die Einleitung eines Prozesses und einen ersten Schritt auf diesem Weg.

Ein neues „Kirchenpapier“, das an die Thesen zum Verhältnis Kirche–Staat der FDP in den frühen siebziger Jahren (vgl. HK, Dezember 1984, 625) anknüpft, haben die Jungen Liberalen („Julis“), die Nachwuchsorganisation der Freien Demokraten, ausgearbeitet. Das Papier der Julis spricht sich für die *Abschaffung des geltenden Kirchensteuersystems* bzw. dessen Ersetzung durch ein kircheneigenes Beitragsystem, den *Wegfall des schulischen Religionsunterrichts* und für die Ableistung des Militär- resp. Zivildienstes durch Theologiestudenten aus. Der *rechtliche Status der Kirchen* soll wie der religiöser und weltanschaulich gebundener Gemeinschaften überhaupt in einem neuen Verbandsrecht, das die FDP seit längerer Zeit fordert, neu geregelt werden. Den *freien Trägern* von Bildungs-, Kranken- und Sozialeinrichtungen (also auch solchen Einrichtungen in kirchlicher Trägerschaft) sollen „sachgerechte“ Zuschüsse gewährt werden. Voraussetzung sei allerdings, daß Andersdenkende in diesen Einrichtungen nicht benachteiligt würden und sie allgemein zugänglich seien.

Die schweizerische *katholische „Justitia et Pax-Kommission“* und die *Kommission für soziale Fragen des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes* haben gemeinsam zu Fairneß in der gegenwärtigen Auseinandersetzung um die Initiative „Für eine Schweiz ohne Armee“ aufgerufen. Die Forderung nach *Abschaffung der Schweizer Armee* und die im Zusammenhang damit aufgeworfenen Fragen seien durchaus diskussionswürdig. So wie der einzelne zu entscheiden habe, ob er sein Land mit der Waffe verteidigen oder auf jede Gewaltanwendung verzichten wolle, so solle sich „auch die Gemeinschaft der Bürgerinnen und Bürger von Zeit zu Zeit fragen, ob für sie und ihren Staat die bewaffnete Landesverteidigung das ethisch Gebotene ist“. Es gehe um ein sorgfältiges Abwägen der Gründe, die für oder gegen eine bewaffnete Landesverteidigung sprächen. Der *Krieg als Mittel zur Lösung von Konflikten* sei auf jeden Fall zu überwinden.